

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

210 (31.7.1919) Erstes Blatt

Karlsruher Tagblatt

Wannspreiz:
in Karlsruhe frei ins
Haus geliefert monat-
lich 1.80 M., viertel-
jährlich 5.70 M., an
den Ausgabestellen ab-
geholt monatl. 1.80 M.
Auswärts durch
die Post frei ins
Haus gebracht vier-
teljährlich 6.30 M., Ein-
zelnummer 10 Pf.

Berlin, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Friedrichstraße 1.

Wannspreiz:
Die Geschäftsstelle
oder deren Raum
25 Pf., die Anzeiger
an erst. Stelle 1.20 M.,
an and. Stelle 1.80 M.
An die Briefe
30% Zenerungsanhang.
Abend nach Karf.
Anzeigenannahme
bis 12 Uhr mittags,
kleinere Anzeigen
bis 4 Uhr nachmittags.
Verantwortlich:
Geschäftsstelle Dr. 200.
Berlin Nr. 207.
Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Geschäftsführer: Gustav Kesperl; verantwortlich für Politik: Martin Solinger; für Baden, Vorkas und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Reichsfragen: Carl Seifemeyer; für Literatur: Paul Kuhnmann. Druck und Verlag: C. F. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., Familien- in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Seturich, Friedenau, Fregestraße 65/66, Telephonamt Umland 2002. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfaden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Nichtsendung erfolgt, wenn Vorsto befehligt ist.

116. Jahrg. Nr. 210.

Donnerstag, den 31. Juli 1919

Erstes Blatt.

Dritte Lesung der Reichsverfassung.

5. Von unserem Weimarer Vertreter wird uns gebracht:

Am Morgen wird in den Wandelgängen lebhaft erörtert, ob die mit Schmach erwarbte kleine Pause wirklich am Freitag wird eintreten können, und wie überhaupt der ungeheure, noch vorliegende Stoff bewältigt werden soll. Zunächst finden sich auch für die dritte Lesung der Verfassung noch sehr viel schwierige Stellen, so daß es äußerster Selbstdisziplin im Reden bedürfen wird, um rechtzeitig fertig zu werden. Gestern hatte in der Generaldebatte die Opposition das Wort. Der badische konservative Dr. Düringer sprach die Meinung seiner Partei aus. Es war wohl Absicht, daß gerade ein Süddeutscher vorgelesen wurde, um für die Monarchie zu zeugen. Leider mußte man ihm auch recht geben, daß nach Beilegung der Dynastien der Partikularismus wie auch der Ruf: „Los von Berlin“ nur noch stärker geworden sind. Er meinte: „Guter Konservatismus und wahrer Fortschritt gehören zusammen“, aber: „Es gibt Zeiten, wo jene wünschenswerte Harmonie unmöglich ist, weil eine ganz neue Entwicklungsperiode beginnt.“

Durch Sachkunde und äußere Form ragte auch die Kritik des Sprechers der Deutschen Volkspartei, des sächsischen Juristen Dr. Heinze, hervor. Besonders was er gegen einzelne Punkte des Entwurfs, wie die schwache Stellung des Reichspräsidenten und die zu große Rolle des Referendums vorbringt, wird als Mahnung beachtenswert bleiben. Aber auch er sieht eben doch wohl zu tief in der alten Zeit, um den durch allgemeine Entwicklungen herausgekommenen und durch den Krieg fast beschleunigten neuen Notwendigkeiten gerecht zu werden. 1919 die Verfassungsfrage von 1871 geben zu wollen, ist eine absolute Unmöglichkeit. Der unabhängige Herr Cohn verweist darauf, daß seine Meinung nach gänzlich unzeitgemäße Verfassungswörter. Für ihn gibt es nur ein Ziel und eine Zukunft, das ist das Rätesystem und die Regierung von unten.

Der Staatsminister Dr. Preuß setzt sich darauf in einem Schlusswort noch einmal mit der Dypollition der Rechten auseinander. Er versucht, den Gefühlen dieser Gegner gerecht zu werden, weist aber darauf hin, daß sie selbst, wenn sie heute zur Regierung kämen, nicht das Bismarckische Verfassungswort wieder herstellen würden. Er spricht aber auch die ernste Wahrheit aus, daß die Wirksamkeit jeder Verfassung von der leitenden Minderheit abhängt, die sie auszuführen haben. Wird das neue Deutschland gegenüber dem eigentlichen Bismarckischen Zeitalter glücklicher sein als die Epigonenzeit Wilhelms II.? Das ist die eigentliche Schicksalsfrage.

Bei den Abstimmungen gehen die meisten Artikel glatt in der Fassung des Ausschusses durch. Die erste erregte Abstimmung findet über die Reichsfarben statt. Obwohl auch eine Reihe von Stimmen der Demokraten und des Zentrums für schwarz-weiß-rot eintritt, wird unser großem Arm schwarz-rot-gold als Reichsfarbe anerkannt, während die alte Handelsflagge bleibt mit den neuen Farben in der oberen Ecke. Bei Artikel 17, der auch für Gemeinwesen das allgemeine Wahlrecht festsetzt, wird auch der deutschnationalen Zusatz, wonach das Wahlrecht an einen einjährigen Wohnsitz geknüpft werden kann, angenommen.

Der dritte Artikel 18 über die Gebietsänderungen wird zunächst verlagert. In der Frage der Wahlperiode des Reichstages geht der demokratische Kompromißantag auf eine Vierjährigkeit mit Hammelsprung durch.

Die in Artikel 48 und 49 vorgesehene Reichsregierung gegen ein die Verfassung verletzendes Land wurde auf Antrag des demokratischen Abgeordneten Dr. Haas-Karlsruhe von einer vorherigen Verständigung des Reichstages abhängig gemacht. Die Absicht über das Referendum wurden zurückgestellt. Eine längere Aussprache entspann sich über die bei der zweiten Lesung aufgenommene Abschaffung der Militärstrafgerichte. Obwohl der Kriegsminister Reinhardt hat, die Regelung der Gesetzgebung zu überlassen, blieb es dabei. Der unabhängige Herr Davidsohn benutzte leider auch diese Gelegenheit zu einer scharfen Agitationsrede. Nach ausführlicher und erregter wurde die Debatte über die Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen. Frau Riez versuchte ihren bekannten Radikalismus. Die Mehrheitsparteien warnten aber energisch, unerfüllbare Ziele in die Verfassung aufzunehmen. Mit dankenswerter Draht machte besonders der demokratische Abg. Abiaz auf die Konsequenzen einer völligen Gleichstellung aufmerksam. Auch die weiblichen Mitglieder der bürgerlichen Parteien vertraten in dieser für ihr Geschlecht vitalen Frage ihren Standpunkt. Bei der Abstimmung wurde der grundsätzliche Schutz der Unehelichen in die Verfassung aufgenommen und weitergehende Anträge der Radikalen abgelehnt.

Das Schulkompromiß.

(Eigener Drahtbericht.)
Weimar, 30. Juli. (Möf.) In den letzten Tagen fanden hier Verhandlungen zwischen den beiden Parteien, die das bisherige Schulkompromiß trugen, und den Demokraten statt in der Absicht, die drei Par-

teien in der strittigen Schul- und Bildungsfrage zu einigen. Nach längeren Verhandlungen kam es zu einer Verständigung über den Absatz 2 des Art. 148, der noch einem gemeinsamen Antrag der drei Parteien folgendermaßen lautet:

„Innerhalb der Gemeinden sind auf Antrag der Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Befehlsmittels und ihrer Bestimmung zu errichten, soweit hierdurch ein ordentlicher Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten

Demokratie und Regierung.

H. Von unserem Weimarer Vertreter wird uns gebracht:

Die so lebhaft hervorgetretenen und verbreiteten Meinungen über einen bevorstehenden Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung können als durchaus verfrüht bezeichnet werden. In der Weimarer Fraktion ist die Meinung dafür zurzeit ganz verständig, obwohl man sich bewußt ist, daß zahlreiche Parteifreunde im Lande die ablehnende Haltung nicht billigen. Die Sozialdemokratie würde, wie befristet werden kann, das Zusammenarbeiten mit den Demokraten sehr gerne sehen. Es ist aber noch nicht sicher, ob sie auch jene Bedingungen zu erfüllen bereit ist, die die Demokraten für ihren Wiedereintritt wohl stellen und die u. a. sich auch auf Änderungen in den neuen Steuervorlagen beziehen dürften.

Allerdings haben auch die letzten Kriegsschulddebatten den Demokraten eine Entscheidung erschwert, da sie den Sozialdemokraten gegenüber ihren nationalen Standpunkt unter allen Umständen betonen zu müssen glauben, und weil die starke Abneigung gegen die Person und die Methoden Erzberger hinzu kommt. Ob diese Momente jetzt den Ausschlag geben dürften, wird erst in ruhigeren Zeiten bestimmt zu sagen sein. Da die Demokratische Partei immer wieder die scharfe Trennungslinie nach rechts hervorgehoben hat, könnte sie unseres Erachtens sehr wohl ihre unentwegte nationale Politik der Gegenwart mit einer klaren Verurteilung einer nationalitätlichen Vergangenheit und begangener Fehler vereinen.

Es ist ferner doch sehr fraglich, ob die jetzige Haltung der Partei — Ablehnung des Vertrauens- und auch Ablehnung des Mißtrauensvotums — die Bekämpfung der Steuerpolitik erzberger erleichtert. Selbstverständlich wird die Partei ihre Bedingungen stellen müssen, und die jetzigen Regierungsparteien haben alle Ursache, entgegenkommend zu sein. Im Augenblick muß ich an der Verbreiterung der Regierungsmehrheit mehr gelegen sein als den Demokraten, nur sollte man bei diesen dem traurigen Streit für die Kriegsschuld nicht so viel Einwirkung auf die Stellung zu den drängenden Gegenwartsangelegenheiten einräumen.

Nach der Ratifizierung.

Ludendorffs Denkschrift.
(Eigener Drahtbericht.)

5. Weimar, 30. Juli. Die soeben vollständig veröffentlichte Denkschrift Ludendorffs vom 14. September 1917 zeigt die Energie und Großzügigkeit, mit der der General in jeder Hinsicht ein größeres mögliches Deutschland durch Aufhebung aller bisherigen Beschränkungen zu schaffen suchte. Er zeigt aber auch, daß er keinen Augenblick vor dem Gedanken zurückbeugte, daß ein Erfolg seinerzeit neue Kräfte entfesseln und ganz Europa dauernd zu schweren Mühen zwingen würde. Er zeigt ferner, daß er gerade im September 1917 unsere eigenen Kräfte gegenüber denen der Gegner in ihrer Gesamtheit (darunter auch Amerika) außerordentlich überschätzte und insbesondere auch über den Wert unserer Bündnisse sich einem letzten Optimismus hingab. Er erkannte dann zwar unsere großen Errungnisse und Volkshoffnungswerte, wie die Mannschaffsleistung, an, glaubte diese jedoch durch immer weitere Ambrosifikation auszugleichen, was schließlich zu der Zerstückelung und dem „Alexanderzug“ bis in die Krin geführt hat. Wenn wir die Verfassungsveränderung bedauern, so besonders deshalb, weil die Gegner darin leider eine Verstärkung für ihre alte Behauptung von ausstehender Kriegsziele der Deutschlands finden konnten, mit denen sie nun ihre eigenen und unehelichen Erpressungen und Schemen zu rechtfertigen suchen werden. Da kann man nun wirklich nicht anders, als ganz klar zu sagen, daß die Politik des neuen Deutschland mit jener eines Ludendorff ganz und gar nichts mehr zu tun hat.

Die bessere Politik Englands.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Basel, 30. Juli. Die „Times“ melden: Der Geheimbericht des Grafen Czernin über die hoffnungslose Lage der Mittelmächte ist etwa im Juli 1917 dem englischen Minister rat zugegangen und hat den Gegenstand eingehender Beratungen gebildet. Danach noch mit Deutschland zu verhandeln, wäre nach Ansicht aller Minister hieher Bahnhin gewesen. Aus Mailand wird berichtet, daß die liberale Oppositionspartei etwa im Juli 1917 die Erklärung Lloyd Georges erhalten habe, daß er die Friedensbedingungen Englands bereits damals so umrissen habe, wie sie später im Verfassungsvertrag und im Friedensvertrag mit Deutschland erreicht worden sind. Der Premierminister hat auch damals in bindender Weise erklärt, daß England einen anderen Frieden überhaupt nicht annehmen würde.

ist möglichst zu berücksichtigen. Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach Grundrissen eines zu erlassenden Reichsgesetzes.

In die Ausführungsbestimmungen sollen weitere folgende Bestimmungen aufgenommen werden:
„Als zum Erlaß des in Art. 143 Abs. 2 vorgesehene Reichsgesetzes bleibt es bei der bestehenden Rechtslage. Das Reichsgesetz hat Gebiete des Reiches, in denen eine noch Befehlsmitteln nicht getrennte Schule nicht gesetzlich besteht, besonders zu berücksichtigen.“

Die erste Milliardenrate.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Berlin, 30. Juli. Von der von Reuters verbreiteten Nachricht, daß die Alliierten die erste Anleihe für Deutschland für den Jahresabschnitt 1919/1920 auf 86 Milliarden festgesetzt haben, ist, wie wir hören, weder im Reichsfinanzministerium noch im auswärtigen Amt etwas bekannt. An Berliner unterrichteter Stelle hält man die ganze Meldung für einen Verjuchsbull von der Sorte, denn man weiß in London gerade so gut wie hier, daß Deutschland unbedingt außer Stande ist, 86 Milliarden in so kurzer Zeit zu zahlen. Die Alliierten hoffen aber allem Anschein nach, daß die Reutersnachricht von deutscher Seite irgend ein, natürlich geringeres, Angebot hervorgerufen wird, auf das man dann später die deutsche Regierung festzulegen könne.

5. Bern, 30. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Dem „Luzerner“ zufolge berät der Oberste Rat der Alliierten über Maßnahmen, durch die die arroke Vermögensabgabe in Deutschland reitlos den Alliierten zugeführt und auf die Erbschaftssteuererleichterung berechnet werden könne. Wie der „Luzerner“ erzählt, erwarten die Alliierten, daß die arroke Vermögensabgabe perfekt wird, sie wollen ihre Erhebung im Rheinlande zwar auslassen, die einziehenden Beträge aber auf die von Deutschland zu erhaltende Wiederaufbauschulden verrechnen.

Die Sicherungen für Frankreich genügend.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 30. Juli. (Gavas.) Die Friedenskommission der Kammer hörte Clemenceau und Tardieu über die Frage des linken Rheinufers. Clemenceau erklärte, daß die Bedingungen des Friedensvertrages Frankreich eine Sicherheit verschaffen, die einer Befragung der Bräutigams gleichkomme. Es sei nicht durchführbar, daß bei einer auf 100 000 Mann reduzierten Armee mehrere Millionen angesetzt werden können, ohne die Aufmerksamkeit Frankreichs und der ganzen Welt auf sich zu lenken.

Ausdehnung der ungarischen Räteregierung.

(Eigener Drahtbericht.)

Budapest, 30. Juli. (Ung. Kor.-Bur.) Als Antwort auf die Erklärung der Entente, mit der ungarischen Räteregierung nicht zu verhandeln, hat die Räteregierung an alle Proletariate der Welt einen Aufruf gerichtet, in dem es heißt: Die Bourgeoiseregierungen der Entente-mächte wollen uns das Reich des Kapitalismus neuerdings ausstrahlen. Man will uns in der Haut des Landes und der Verleumdung ertränken, denn unser kleiner Bestand bedeutet eine Gefahr für sie. In der Erklärung der Entente sind die letzten Reste ihrer niedrigen Urteilskraft verloren haben. Die Ententeeregierungen wollen mit der Räteregierung nicht verhandeln können, da die Macht des Proletariats nicht auf dem Volkswillen beruht. Das sagen die, die ihre Vollmacht von dem der 8-10 Jahren gewählten Bourgeoisparlament erhalten haben, die entgegen dem Volkswillen einen Krieg eingeleitet und Jahre hindurch geführt haben, die Völkerverwüstung aus europäischen Ländern zu ihren Verbündeten machten und Kolonien unterjocht haben. In Budapest allein haben 500 000 Arbeiter bei den ersten Arbeiterstreik abgestimmt in einer Stadt, die kaum eine Million zählt. Doch das bedeutet in ihren Augen nicht die Offenbarung des Volkswillens; denn in ihren Augen bedeutet nur der Wille der Bourgeoisie den Volkswillen! Wir fordern Euch Arbeiter aller Länder, die Proletariatsorganisationen der ganzen Welt auf: Schickt Eure Abgeordneten her und besichtigt durch sie unsere Arbeit, die den Kapitalismus zertrümmert und den Sozialismus aufbaut.

Eine Militärdiktatur für Ungarn.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Budapest, 30. Juli. Es verlautet, daß Oberst Cunninham die Absicht habe, die Räteregierung vorüber durch eine Militärdiktatur zu ersetzen. Die Räteregierung soll durch eine Entente-Kommission ausgesetzt werden. Die Aufgabe der Militärdiktatur wäre, die Ruhe des Landes zu wahren und die Neuwahlen vorzubereiten.

Abtretung von Copen.

(Eigener Drahtbericht.)

Athen, 30. Juli. (Gavas.) Nach Mitternachtszeit hat General Allenby den arabischen Vertreter in Paris davon in Kenntnis gesetzt, daß Großbritannien die Insel Copen an Griechenland zurückgeben werde. Die Uebernahme werde kommenden Dienstag erfolgen.

Die Ratifizierung durch die Union.

(Durch Funkpruch.)

o. Washington, 30. Juli. Bei einer Konferenz mit den demokratischen Senatoren wies Präsident Wilson darauf hin, daß der Entwurf der europäischen Lage dringend die Ratifikation des Friedens durch die Vereinigten Staaten und einen raschen Aufnahmestritt der Liga der Nationen erfordere. Er wandte sich gegen jede Tendenz im Lichte des Friedensvertrages, auch gegen die von Taft beantragten erklärenden Aufträge. Die Ratifikation des Vertrags durch die Kommission für auswärtige Angelegenheiten wurde zu Ende geführt.

So kann's nicht weiter gehen!

Wieder einmal zeigen wir uns vor der Welt als politische Kinder. Warum?

Seit Wochen entfaltet die Rechte eine geradezu tolle Heße gegen die derzeitige Regierung und gegen alles, was auch nur im entferntesten an Demokratie erinnert. Dreißig und gottesfürchtig wurden die Tatsachen, die zu unserer Niederlage und zum Zusammenbruch geführt haben, dahin umgebogen, daß die Demokratie an allem Schuld sei. (Weil bekanntlich im alten, zusammengebrochenen wilhelminischen Deutschland alle maßgebenden Stellen in Verwaltung, Regierung, Diplomatie, Meer und Marine mit — Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumsleuten besetzt waren!). Daß diese vergiftende Agitation von den Regierungsparteien entsprechend zurückgewiesen werden mußte und werden würde, war selbstverständlich. So kam es zu der großen Abrechnung Erzbergers mit der Rechten und zu seinen sensationellen Enthüllungen.

Man mag nun über den Politiker und Menschen Erzberger denken, wie man will: er befand sich dieses Mal in Notwehr und zwar nicht nur für sich selber, sondern auch für die gesamte Reichsregierung. Also Erzberger „enthielt“. Gut.

Aber nun beginnt das Komödienpiel in dieser furchtbar ernsten Angelegenheit. Es hagelt nämlich „Erklärungen“ von allen Seiten: Wiedemanns erklärt, Helfferich erklärt, Graf Wedel erklärt, Papen erklärt, Payer erklärt, Czernin erklärt. . . Alles in vollster Öffentlichkeit, jeder selbstverständlich nach bestem Wissen und Gewissen, teils auf Grund von privaten Aufzeichnungen und Notizen, teils aus dem Gedächtnis, jeder aber natürlich kann nur seinen subjektiven Eindruck schildern, den er von der Sache hatte oder hat, und kann nur das sagen, worüber gerade er damals unterrichtet wurde. (Wobei sich herausstellt, daß mancher, von dem man annahm, er wisse etwas, nichts weiß!) Kein Richter ist da, der die mojarartigen Aussagen zu einem einheitlichen Ganzen zusammenfügt, niemand, der aus den subjektiv gefärbten Einzelheiten ein objektives Gesamtbild herzustellen sich bemüht. Im Gegenteil: jede Zeitung gibt nur jenen recht, die ihr politisch nahe stehen, unterkreuzt deren Erklärungen noch und erklärt die Gegenseite für ausgemachte Halunken, Spitzhüben, Lügner und Demagogen. So entsteht statt eines wahrheitsgetreuen Bildes eine heillose Verwirrung.

Und das Volk weiß schließlich überhaupt nicht mehr, was eigentlich los ist, vor lauter „Erklärungen“ und Zeitungsaufstellungen wird ihm so dumm, als ging ihm ein Mühlrad im Kopfe herum! Was soll dabei herauskommen? Die ganze Aktion läuft auf eine gegenseitige Kaschalisierung der Parteien hinaus.

Und das Ausland laßt über diese eckelbeisende politische Kindstüpferei.

So kann's, so darf es nicht weiter gehen! Die Wahrheit, die ganze Wahrheit über diese Dinge muß heraus! Wir haben ein Recht darauf, zu erfahren, ob tatsächlich Verbrecher am Werke waren, die eine Weiterführung des Krieges durchsetzten zu einer Zeit, da ein Friede auf annehmbarer Grundlage möglich war und die damit von ihrem sicheren Schicksal aus Wunderarbeiten deutscher Söhne und Väter nutzlos in den Tod hielten!

Wie man es anpaßt, um diese Wahrheit zu erfahren, hat Kühnmann gefordert, der die einzige richtige „Erklärung“ abgab: man solle die ganze Affäre vor den Staatsgerichtshof bringen. In Frankreich ist gegenwärtig eine solche Aktion im Gange. Dort tagt schon seit einigen Wochen ein Kammerauschuß, um die militärischen Vorgänge bei Kriegsbeginn zu untersuchen. Er studiert die Akten, er vernimmt Generale und Politiker, hört Rede und Gegenrede und bildet sich dann ein Urteil. So muß es auch bei uns gemacht werden. Ob man es Staatsgerichtshof oder parlamentarische Untersuchungskommission oder sonstige nennt, ist gleichgültig, jedenfalls aber muß eine Instanz geschaffen werden, die Einblick in alle — aber auch reiflos alle! — Akten erhält, die alle beteiligten Staatsmänner und Militärs eichlich vernimmt und die das Ergebnis ihrer Feststellungen in einer wahrheitsgetreuen, ungeschminkten Darstellung der Öffentlichkeit unterbreitet.

Die Wahrheit muß herans und gehe ihr Weg über Leichen! Es darf nicht sein, daß in dieser ersten Sache parteipolitische Geschicklichkeit — sie komme von welcher Seite sie wolle — einen Vorfängerleiter um den tatsächlichen Sachverhalt zieht. Wir haben ein Recht auf Wahrheit. Wenn es Schuldige gibt, dann müssen sie an den Pranger. Je eher, desto besser. Die Zeit des Mundspießens ist aus, jetzt heißt es pfeifen!

Darum Schluß mit den „Erklärungen“ und „Enthüllungen“ und her mit dem Staatsgerichtshof! Es darf nicht sein, daß sich das Volk fortgesetzt in inneren Kämpfen zerfleischt — zur Freude unserer Feinde. Argus.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Deutsche Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)

Weimar, 30. Juli.

Eröffnung der Sitzung um 10.10 Uhr. Die dritte Beratung der Verfassungsgesetzesentwürfe wird fortgesetzt. Abg. Düringer (D.M.): Wir stehen bei unserer ablehnenden Stellung gegenüber der Verfassung, weil sie nicht konterbätig genug ist, wir bleiben Anhänger der Monarchie, werden aber auch bei der republikanischen Staatsform unsere staatsbürgerliche Pflicht erfüllen. Wir achten den Willen der Mehrheit, die sich für diese Staatsform entschieden hat. Wir wünschen eine Stärkung der Stellung des Präsidenten. Das deutsche Volk wird sich noch einmal nach dem alten Dringlichkeitsstatut zurückziehen. Wir halten an dem föderativen Charakter des Reiches fest. Die Politik, die auf die Weltrevolution lossteuert, ist eine Missionspolitik. Sie würde bei uns Zustände wie in der Schreckenszeit des Napoléon-Krieges schaffen, welche uns Gott vor der Weltrevolution. Die gegen unsere Partei gerichteten Vorwürfe als Kriegsverlängerer empfinden wir pharisäisch. (Lebhafter Zustimmung ruckt.) Wir sind konterbätig im gesamten allgemeinen menschlichen Sinn. Konterbätismus und wahrer Fortschritt gehen zusammen. In diesem Sinne wollen wir an Wiederankunft unseres Vaterlandes mitarbeiten. (Lebhafter Beifall ruckt.)

Abg. Dr. Heinze (D.M.): Nach drei Gesichtspunkten wird man eine Verfassung, wie wir sie zum Aufbau unseres Vaterlandes brauchen, beurteilen müssen. Sie muß die Möglichkeit geben, alle lebendigen Kräfte des Staates herauszugeben. Sie muß die Voraussetzungen für eine tätige, weitestgehende Einmündigkeit bieten. Sie muß kurz und knapp und juristisch einwandfrei gefaßt sein. Von diesen Gesichtspunkten aus können wir uns nicht auf den Boden der neuen Verfassung stellen. Der Geist, der in ihr vorherrschend ist, der Geist der extremen Demokratie. Das markanteste Zeichen dieser neuen Verfassung aber ist ein extremer Parlamentarismus. Die Gegengewichte, die man gegen das Ueberwuchern des Parlamentarismus eingeführt hat, Reichspräsident, Reichsrat und Referendum, genügen in der Form, wie man sie instituiert hat, keinesfalls. Nach alledem werden wir für den Entwurf in der vorliegenden Fassung nicht stimmen können.

Abg. Dr. Cohn (M.S.): Die Räte müssen alle Anstrengungen machen, zuerst die Betriebsräte, auf denen sich die Gewerparität bis zum Reichswirtschaftsrat aufbauen. Der volkswirtschaftliche Zentralrat bestimmt dann das Leben und die gesamte Verwaltung. Der vorliegende Verfassungsentwurf wird zu einer Verfassung der Demokratie und des Sozialismus. Darum erklärt sich unsere ablehnende Haltung. Im Sozialismus ist die einzige Möglichkeit für den Fortschritt enthalten.

Reichskommissar Dr. Brügg: Die Rechte steht an der alten Verfassung und Dr. Cohn erklärt die neue für verfaßt, vermutlich in dem Gedanken, daß wir warten sollen, bis seine Partei an die Herrschaft gekommen wäre. (Zuruf der M.S.): Das wäre vernünftig gewesen! Wenn die Verfassung jetzt verabschiedet wird, behalten wir uns sowohl vor der Diskussion von rechts, als vor der von links (Widerpruch bei den M.S. und rechts. Beifall bei der Mehrheit.) Die Frage, wie die Verfassung wirken wird, hängt lebhaft von der Ausführenden, also von den leitenden Persönlichkeiten, ab. Im politischen Kampf wird sich die Ausführenden an staatsmännlicher Arbeit geübten Führer, die das Vertrauen des Volkes haben, vollziehen. Damit schließt die allgemeine Besprechung.

Der Präsident erklärt, daß eine große Reihe Wortmeldungen und Anträge vorliegen und bittet unter dem Beifall des Hauses, die Redner, sich kurz zu fassen.

In der Einzelberatung werden hierauf Heberichs und Eingangsformel ohne Debatte angenommen.

Art. 1 des ersten Hauptabschnittes, Aufgabe und Aufbau des Reiches, lautet: Das Deutsche Reich ist eine Republik; die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Art. 3 handelt von den Reichsorganen. Der Antrag Dr. Heinze (D.M.): Die Reichsorganen sind schwarz-weiß-rot wird gegen die Stimmen der Rechten und eines Teiles der Demokraten und des Zentrums abgelehnt und mit großer Mehrheit folgender Antrag Kaufmann angenommen: Die Reichsorganen sind schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge schwarz-weiß-rot mit den Reichsorganen im oberen inneren Feld. — Die Annahme des Antrages wird von der Rechten mit 117 Stimmen angenommen. (Große Unruhe, Lärm bei den Mehrheitspartei.)

Der Präsident rügt mit aller Entschiedenheit derartige Meinungsäußerungen und bezeichnet sie als große Ungebührlichkeit.

Eine Reihe weiterer Artikel wird unangefochten angenommen. Art. 17, der die Verfassung der Länder betrifft, wird auch für die Gemeinden in Wahlen die Grundzüge der allgemeinen Wahlordnung, dazu wird ein Antrag Krüger angenommen, daß das Wahlrecht für die Gemeindevorstände durch Staatsgesetz von einem einjährigen Aufenthalt in der Gemeinde abhängig gemacht werden kann.

Die Abstimmung über Art. 18, der die Änderung des Gebietes von Ländern usw. betrifft, wird verweigert, da ein dazu gestellter Antrag noch nicht in den Händen der Versammlung ist.

Art. 22 setzt die Wahlperiode des Reichstages auf 5 Jahre fest.

Ein Antrag Auer (Soz.) fordert die dreijährige Wahlperiode, ein Antrag Erzelens (Dem.) die vierjährige.

Nach kurzer Debatte wird die vierjährige Wahlperiode in Ausgestaltung mit 166 gegen 139 Stimmen angenommen.

Die Art. 23 bis 26 werden in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. — Zu Art. 27, wonach die Abgeordneten während der Tagungszeit nicht verhaftet oder zur Untersuchung gezogen werden können, beantragt Abg. Kaufmann (Soz.) „Tagungszeit“ an setzen „Tagung“. Abg. Rabenstein (Soz.) beantragt, das Wort „Tagungszeit“ durch „Sitzungsperiode“ zu ersetzen.

Art. 28 wird nach der Regierungsvorlage mit einem Antrag Rahl (D.M.) angenommen, daß die Regierung für die Beschlagnahme von Schriftstücken die Abgeordneten den Personen gleichstellt, die ein geistliches Betreuungsrecht haben. Die Art. 29 und 40 werden nach dem Verzicht der zweiten Lesung angenommen. Am 2. Uhr wird die Weiterberatung auf nachmittags 4 Uhr verlagert.

Nachmittags-sitzung.

Der Präsident eröffnet die Sitzung 4.30 Uhr. Auf Antrag Dr. Cohn (D.M.) werden die Artikel 48 und 49 (betreffend das Vorgehen des Reichspräsidenten gegen ein Land, das ihn nach der Reichsverfassung obliegende Pflichten nicht erfüllt und gegen die Stärkung der öffentlichen Sicherheit) zusammengefaßt mit der Änderung, daß der Reichspräsident vor bewaffnetem Vorgehen gegen ein Land den Reichstag verständigen muß. Im übrigen gelangt der Abschnitt unverändert zur Annahme.

Der 4. Abschnitt (Art. 61 bis 68) wird im wesentlichen unangefochten angenommen.

Im Abschnitt 5 (Reichsregierung) werden die Art. 47 und 76 (Reichsregierung und Verfassungsänderung), da neue Anträge in Vorbereitung sind,

zurückgestellt. Im übrigen wird der Abschnitt Art. 59 bis 77 unangefochten angenommen.

Im Abschnitt Reichsverfassung wird Art. 79 im Hinblick auf die Bestimmungen des Friedensvertrages nach einem Antrag Dr. Spahn (Str.) in folgender Fassung angenommen: Die Verteidigung des Reiches ist Reichssache. Die Wehrverfassung des deutschen Volkes wird unter Berücksichtigung der besonderen landmannschaftlichen Eigenarten durch ein Reichsgesetz einheitlich geregelt. Die Art. 91 bis 100 werden in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. Art. 88 wird zurückgestellt. Die folgenden Abschnitte betreffen die Reichsverwaltung. Aus Art. 101 entstehen zwei Artikel, dessen erster die Unabhängigkeit der Richter und dessen zweiter die Ausübung der Gerichtsbarkeit durch die Länder ausdrückt. Art. 103 bis 106 bestimmen u. a.: Die militärischen Ehrenrechte sind aufgehoben. Ein Deutsch-Nationaler Antrag wird diesen Antrag freigegeben. Nach längerer Debatte wird der Art. in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. Die Militärgerichtsbarkeit ist aufzuheben, außer für Kriegszeit und an Bord der Kriegsschiffe. Der Rest des Abschnittes bis Art. 106 wird in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. Zu dem vorher ausgelegten Art. 88, der das Post- und Telegraphenwesen behandelt, wird auf Antrag Kaufmann (Dem.) ein Zusatz beschlossen, wonach die Reichsregierung auf Zustimmung des Reichsrates die Verordnungen erläßt, die Grundzüge und Gebühren für die Benutzung der Verkehrsanstalten festsetzen und einen Beitrag in Ansehung des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens errichtet.

Im zweiten Hauptteil, Grundrechte und Grundpflichten handelt der erste Abschnitt (Art. 108 bis 117) von der Eingetragenen. Im Art. 108, wonach u. a. öffentlich rechtliche Vorkredite der Geburt und des Standes nicht bestehen, wird auf Antrag Spahn (Str.) die Forderung beschlossen, daß sie aufgehoben sind. Die Bestimmung des Art. 106, wonach Adelsbezeichnungen nur als Teil des Namens gelten und nicht mehr versehen werden dürfen, wird entgegen einem Antrag der Deutsch-Nationalen und der Deutschen Volkspartei auf Streichung aufrecht erhalten.

Zu Art. 118, der die persönliche Freiheit behandelt, beantragen die Abg. Loeb (Soz.) und Dr. Ablaß (Dem.) eine Entschlieung, worin die Reichsregierung ersucht wird, alsbald einen Gesetzentwurf über die Reform des Strafrechts und Strafvollzuges mit dem Ziel einer Beseitigung der Todesstrafe dem Reichstag vorzulegen. Die Abg. Singer (Soz.), Dr. Ablaß (Dem.) und Dr. Rahl (D.M.) beantragen eine Entschlieung, die Regierung zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem in allen Fällen, in denen das Gesetz ausdrücklich die Todesstrafe vorseht, mildere Umstände zugelassen werden und wahlweise neben der Todesstrafe die Verbannung von Freiheitsstrafen zulässig ist. Beide Entschlieungen werden angenommen.

Art. 114 erklärt auf Antrag Auer (Soz.) die Fassung, die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Freistätte der Unverletzlichkeit. Ausnahmen sind nur auf Grund von Gesetzen zulässig. Im übrigen wird der erste Abschnitt der Grundrechte unangefochten angenommen.

Es folgt die Beratung des zweiten Abschnittes der Grundrechte, Art. 118 bis 131. Art. 118 erhält auf Antrag Spahn (Str.) die Fassung: Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Sie beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter. Ueber Art. 119 entscheidet sich eine längere Aussprache. Unter Ablehnung aller Anträge gelangt Art. 119 im Wortlaut der zweiten Beratung zur Annahme. Auf Antrag Spahn (Str.) wird der zweite Satz des Art. 119, der die unehelichen Kinder betrifft, zu einem besonderen Art. 119a. Im übrigen wird der Abschnitt, Art. 118 bis 131 unangefochten angenommen. Hiermit wird die Weiterberatung auf Donnerstag, 31. Juli, 10.00 Uhr früh, vertagt. Schluß 1/2 12 Uhr.

Beamtenbefreiungsfragen.

Die Reichsregierung hat am 29. Juli mit der preussischen Staatsregierung einmündig über die Frage der Feuerungsanlagen an Beamte und über die Anwartschaften einer Revision der Polizeibeamtenabrechnung verhandelt. Als Ergebnis ist mitzuteilen, daß diese sehr wichtige Frage alsbald im Reichsministerium unter Ausdehnung von Vertretern sämtlicher Gliedstaaten und Beamtenvertretern erörtert werden soll.

Jugoslawien oder Großserbien.

In jenen Fragen, deren Lösung auf der Friedenskonferenz trotz ihrer sechsmonatigen Latenz noch nicht einen Schritt gefördert ist, gehört die Bildung des jugoslawischen Königreiches. Wäre es nun gleich nach dem Fall der österreichisch-ungarischen Monarchie gelungen, die Errichtung des jugoslawischen Staates zu verwirklichen, dann hätte der serbische Ministerpräsident, der Vertreter dieses Staates auf der Barier Konferenz, vermutlich sein Ziel, die Schaffung eines Großserbiens erreicht. In Jugoslawien, Kroatien und Bosnien vorwiegend die Bevölkerung für einen Anichluk an das Königreich Serbien zu veranlassen, daß also der Zusammenichluk zu einem Reiche auf keine nennenswerten Schwierigkeiten stoßen würde. Und auch soan in Montenegro war wohl damals eine entschiedene Mehrheit für die Einberleibung in das serbische Reich vorhanden. Anzwischen ist aber jetzt ein halbes Jahr verfloßen und die ursprüngliche Bevölkerung für ein einheitliches Großserbien ist stark vermindert. Diese Umwidlung ist unabweisbar auf Serbien selbst zurückzuführen, dessen Truppen es in Montenegro und in den benachbarten Gebieten des ehemaligen Österreich-Ungarns verhandelt haben, teilweise eine gerade feindliche Stimmung gegen Serbien und seine Regierung zu erzeugen.

Die schärfste Opposition erhebt sich daher heute gegen einen Zusammenichluk mit Serbien in Montenegro. Wahrscheinlich hatte erreicht, in Paris den Eindruck in sein Reich eine vollkommene Unmöglichkeit wäre, da sich die Bevölkerung von ihm, als dem Urheber des über das Land hereinbrochenen Unheils, für immer losreißen würde. Dieser Eindruck wurde hervorgerufen durch eine Bearbeitung der französischen und englischen Presse mit Hilfe des montenegrinischen Politikers Radowitsch, von dem man in Montenegro behauptet, daß er zuerst von Belgrad mit einer halben Million Franken bestochen sei. Er ist jedoch tatsächlich im „Temps“. Nitia könnte nicht mehr in sein Land zurückkehren, weil er dort von der Bevölkerung wohl mit Mitleidensdrücken empfangen würde. Diese Darstellung beruht jedoch unabweisbar auf einer sehr großen Fälschung. Der „Temps“ entbande um dieselbe Zeit einen eigenen Berichterstatter nach Jugoslawien, um dort über die Stimmung der Bevölkerung Erhebungen anzustellen. An heutzutage in Montenegro sagt dieser sein Urteil nun dahin zusammen, daß König Nitia, wenn er heute in Cattaro landen würde, wie einst Napoleon nach der Rückkehr von Elba, die gesamte Bevölkerung sofort um sich vereinigen würde. Die französische Regierung dürfte durch diesen Bericht wohl

etwas anderer Meinung über die Lage in Montenegro an dem sein. Wilson jedenfalls scheint entschlossen zu sein, seine schließende Hand über das Land der Schwarzalpen zu halten. Vor seiner Abreise hat er dem König Nitia, als dieser bei ihm zu Gast war, die Versicherung gegeben, daß also die montenegrinische Frage nicht nach den Wünschen Serbiens, sondern nach dem Willen der Bevölkerung gelöst werden sollte. Es ist möglich, daß somit das Land ferner seine Selbständigkeit unter dem Schutze des Völkerbundes behalten wird.

Was der Berichterstatter des „Temps“, Charles Ribet, über die anderen Gebiete des jugoslawischen Staates auf Grund sehr eingehender Ermittlungen, durch Abhören der mündlichen Aussagen der dortigen Bevölkerung mit allen politischen Kreisen, dann fast erweckt auch nicht den Eindruck, als ob Belgrads Plan der Errichtung eines großserbischen Königreiches noch viel Aussicht auf Erfüllung hat. In Jugoslawien allerdings scheint die Mehrheit für den Zusammenichluk mit Serbien in vorhanden zu sein, wobei die Kurde vor Italien anschlagenwende ist. An Kroatien dagegen will man in allen maßgebenden Kreisen, von den zentralistischen Bestrebungen des serbischen Ministerpräsidenten gar nichts wissen. Besonders ein jugoslawischer Bundesrat hat dort nur Aussicht auf Vermittlung. Ähnlich ist die Lage in Bosnien, wo die religiöse Frage eine bedeutsame Rolle spielt. Die Orthodoxen treten lebhaft für ein Großserbien ein, während die Katholiken und die Mohammedaner nur für einen Bundesstaat, mit möglichst weitestgehender Selbständigkeit der einzelnen Teile, zu haben sind. In Dalmatien hat die großserbische Propaganda Erfolge zu erzielen, was aber amieselbst auf den Konflikt mit Italien zurückzuführen ist. Wie aber nach dem Willen Belgrads sich die Verhältnisse gestalten werden, ist nicht abzusehen.

Hiernach gewinnt man den Eindruck, daß somit die Bildung eines großserbischen Königreiches nicht in Betracht kommen kann, sofern die Bevölkerung in den einzelnen Landesteilen über ihr Schicksal entscheiden hat. Das ist die Friedenskonferenz entscheiden sollte, nur Serbien würde, wenn den Willen übernehmender Mehrheit der beteiligten Völker, die Pläne des Herrn Belgrad auf verwirklichen, ist nicht anzunehmen.

Frankreichs Zögern mit der Ratifizierung.

Berlin, 30. Juli. (Wolff.) Vor dem Friedensauschuk der Kammer erklärte der Außenminister Ribot, weber Amerika noch England hätten Verpflichtungen über das linke Rheinufer übernommen, noch sie dieses jemals Frankreich verborgen worden. Deutschland könne zwar mit zwei Dritteln Mehrheit in der Völkerbund aufgenommen werden, der Völkerbund könne aber nur einstimmig erklären, daß es genügend moralische Garantien aneubere habe, um aufgenommen zu werden.

Ueber die internationale Arbeiterorganisation äußerte sich der Handelsminister Gollard, nach seiner Ansicht werde Deutschland automatisch am 20. Oktober, dem Datum des Zusammentritts des Konzresses in Washington, in diese Organisation eintreten. Würde nun Deutschland von dem Bunde des internationalen Arbeiterrechts ausgeschlossen, dann könne es sich den Laizen, die anderen Ländern aufzulesen würden, entziehen.

Nach verchiedenen Presseberichten von heute vormittag beabsichtigen Mitglieder des Friedensauschusses den Antrag zu stellen, den Friedensvertrag erst zu ratifizieren, nachdem der amerikanische Senat sein Ratum abgegeben hat. Das würde ein Sinauschieben bis Oktober bedeuten. Einzelne Blätter glauben, daß dieser Antrag deshalb erfolgte, weil man den Termin der Neuwahl hinauschieben wolle. Dagegen wendet sich „Echo de Paris“ und erklärt, das Wahlergebnisse dürfe nicht dem nationalen Interesse übergeordnet sein.

Eine neue Erklärung Ribots.

Berlin, 30. Juli. (Wolff.) Die gesamte Pariser Presse veröffentlicht die Erklärungen des Reichsministers Ribot über die Enthüllung des Reichsministers Ribot. Einem Vertreter des „Excelsior“ laute Ribot, Erbeber sei zu seinen Enthüllungen nur aus unvollständigen Gründen getrieben worden. Er bediene sich aller Waffen, die ihm in die Hand fielen, um die Unwahrheiten, die immer noch sehr einflußreich seien, zu bekämpfen. Indem er gegen die militärische Partei vorgehe, habe er außerdem noch den Vorteil, eine gewisse Meinungsverschiedenheit zwischen der englischen und der französischen Diplomatie heranzubringen zu können. Das Ansehen für Erbeber und das Glück für Frankreich, daß man mit Rechtzeitigkeit seine Absichten erkennen könne. England werde ohne Zweifel seine vollkommene diplomatische Korrektheit beweisen können. Nicht einen Augenblick sei Frankreich in die Falle gegangen, die ihm gestellt wurde. Frankreich konnte nicht daran denken, den bevorstehenden Erbeber eines unangenehmen und wilden Arienas Keschläge zur Interhandlung zu machen, solange nicht von seinem letzten Antritt auf Elba-Bohnen angedroht wurde.

Demobilisierungsfragen.

London, 29. Juli. (Wolff.) Im Unterhaus teilte Churchill mit, die Regierung beabsichtige, die britischen Truppen vor dem Winter aus Nordrußland zurückzuführen. Die Lieferung von Lebensmitteln und Munition an Kalfik und Denkin würde fortgesetzt werden. Die britischen Truppen würden aus dem Kaukasus und Sibirien zurückgezogen und in wenigen Monaten würden sich kaum noch britische Truppen in Rußland befinden. Churchill führte weiter aus, wie Kalfik und Denkin darüber, daß sie Zweidrittel des gesamten britischen Meeres beschiäftigten, die Kriterien der kleinen Staaten anzurecht hätten. Er betonte, daß das Gleichgewicht Mitteleuropas oft und in verhängnisvoller Weise gefährdet worden wäre, wenn die Alliierten diese Armeen nicht mit Material versorgt hätten. Ferner teilte er mit, daß die britischen Freiwilligen-Armeen sich auf etwa 250 000 belaufen. England beabsichtige nicht, nach dem Arienae eine wesentlich größere Armee zu halten, als es für die Zeit des Arienaeausbruchs beabsichtigt habe. Es seien schon über 3 Millionen englischer Offiziere und Mannschaften demobilisiert. Durchschnittlich würden 5000 bis 6000 Mann täglich demobilisiert. Die englische Armee werde bald ausschließlich wieder aus Freiwilligen bestehen. Es meldeten sich wöchentlich 4000 bis 5000 Freiwillige, wodurch die Abschaffung der Dienstpflicht beschleunigt wird.

Ein scharfer Vorstoß von Hquib.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 30. Juli. Nach englischen Blättern hat Hquib in Willesden angedroht und die Regierung scharf angefaßt. Er laute u. a.: Immer wieder wird berichtet, daß die Streikkräfte der Alliierten in Rußland nur schwach seien, fortwährend abnehmen und im Begriff seien, sich zurückzuziehen. Problem sei man noch Monat auf Monat Reue der Berichtigung britischen Blattes und britischen Gel-

des. In Kreisen, die noch immer nicht ganz ohne Einfluß seien, werde indessen versucht, Stimmung dafür zu machen, daß der Umfang der Intervention ausgedehnt wird. Hquib fraue, mober England ebenfalls das Mandat für eine derartige Mission angenommen habe. Ueber die zukünftige Regierung Rußlands hätten die Russen allein zu entscheiden.

Berlin, 30. Juli. (Wolff.) Nach Pariser Blättern hat der französische Marineminister die Demobilisierung der Marineklassen 1900-1912 für August angedeutet.

Belgien und der Versailler Vertrag.

Amsterdam, 30. Juli. „Telegraaf“ meldet aus Brüssel, daß der Kammerauschuk für auswärtige Angelegenheiten nach längerer Beratung dem Friedensvertrag zustimmte. Die Kammer werde in der nächsten Woche über die Ratifizierung verhandeln.

Das Schicksal der Völker.

Bern, 30. Juli. (Schweiz. Den.-Bl.) Die Delegierten der 26 Kantone treten in Bern am 28. August zusammen. In der Spitze der Tagesordnung steht eine Resolution über den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund.

Die Schweiz, Den.-Bl., vernimmt, daß der Rat der Internationalen Union der Friedensgesellschaft im nächsten Monat in den Räumen des Friedensbüros in Bern zusammenzutreten wird. Zum erstenmal seit 1914 werden die Repräsentanten der kriegführenden Länder hier zusammenzutreten. Es soll auch die Schuldfrage aufgearbeitet werden.

Deutsch-Oesterreich und Südslawien.

Wittal (an der Drauf), 30. Juli. (Wiener Corr.-Bura.) Aus Festlegung der Demarkationslinie wurde am 28. Juli zwischen den militärischen Vertretern Deutsch-Oesterreichs und denen des deutsch-slawischen Staates unter dem Vorsitz der internationalen Kommission in Klagenfurt ein Protokoll unterfertigt, wonach Südslawien am 31. Juli morgens mit der Räumung des von ihm besetzten Gebietes nebst der Landesverwaltung Klagenfurt und dem Nordufer des Bawthiersee beginnen und diese bis zum Nachmittag durchführen soll. In die freigebliebene Zone rücken die deutsch-oesterreichischen Sicherheitskräfte ein.

Die Kohlennot.

Bern, 30. Juli. (Wolff.) Laut Mailänder Blättern wurden bei den letzten Sonderberechnungen in Paris Italien für den Monat August mit 175 000 Tonnen Kohlen zuerkannt. Die Lieferung englischer Kohle soll in den nächsten Tagen in Genauigkeit des italienischen Versorgungsministers angesetzt werden.

Bukarest, 30. Juli. (Wolff.) Das rumänische Kabinett beschloß gestern, alle verfügbaren Eisenbahnen und Seetransportmittel, sowie die Kriegsmarine für die Kohleneinfuhr aufzubieten zu lassen.

Streikbewegung.

Düsseldorf, 30. Juli. (Gla. Drahtber.) Der Zustand bei den Mannesmannwerken ist beendet.

Berlin, 30. Juli. (Gla. Drahtber.) Der Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter ist heute beendet worden. In geteilter Abstimmung entschied sich die Mehrheit der Siemensarbeiter für die Wiederaufnahme der Arbeit.

Wiesl, 29. Juli. (Wolff.) Die gesamte sozialistische Arbeiterkraft erklärte sich solidarisch mit den streikenden Kohlenarbeitern. Die Streikleitung fordert die Arbeiter auf, einem eventuellen Streik in Folge zu leisten. In erster Linie wird verlangt: Krisobahn, Verabschiedung des Brotgesetzes, Beschleunigung der Substanz und Stoffloer und Abgabe der Waren zu herabgesetztem Preise, Verhinderung des Ertrags, Erleichterung des Anstalts, Maßnahmen gegen die Wohnungsnot usw. Die Stahlarbeiter und Anstellten erklärten sich ebenfalls mit den Kohlenarbeitern solidarisch, so daß beim Wirtinnen der Einigungsverhandlungen mit einem Generalstreik zu rechnen ist. Auch die Straßenbahner und die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke würden am Streik teilnehmen.

Wiesl, 29. Juli. (Gla. Drahtber.) Nach der „Neuen Zürcher Zeitung“ streiken in Bergamo 50 000 Textilarbeiter. In Mailand haben sämtliche Metallarbeiter den Generalstreik verhängt. Die Streikbewegung fladert in Italien erneut auf.

Amsterdam, 29. Juli. (Wolff.) „Rieuwe van dem Daa“ meldet: Der Streik im Linerpooler Hafen ist beendet.

Letzte Nachrichten.

Bürgermeisterwahl in Nürnberg.

(Eigener Drahtbericht.)

Nürnberg, 30. Juli. Der Stadtrat wählte heute einstimmig den Geschäftsführer und Stadtrat Martin Treu (Mehrheitssozialist) zum 2. Bürgermeister und mit 24 Stimmen (19 Stimmten waren weibl) den Stadtrat Dr. Suag Freud (M.S.) zum 3. Bürgermeister der Stadt Nürnberg. Bürgermeister Treu ist vor 22 Jahren als Schlichter nach Nürnberg gekommen, wurde nach kurzer Zeit Geschäftsführer des Schneiderverbandes und hader Sekretär der Mehrheitspartei. Dem Magistratskollegium gehörte Treu seit 1908 an. Bürgermeister Dr. Freund ist praktischer Arzt. Er war bei Ausbruch der Revolution Vorsitzender des Soldatenrats von Groß-Brüffel.

Internationaler Gewerkschaftskongress.

Amsterdam, 29. Juli. Der amse astirische Abend war mit den Beratungen der Kommission ausgefüllt, die den Arienae hatten, die verbindende Formel zu finden für den zwischen den belaischen und den deutschen Vertretern bestehenden Konflikt. Der Sekretär der niederländischen Gewerkschaften Kimmen ab heute früh den Bericht der Kommission bekannt. Die Kommission stellt fest, daß der Gewerkschaftskongress den Wiederaufbau der internationalen derart gestalten wolle, daß Dime, wie sie vor und während des Arienae sich ereigneten, nicht wieder vorkommen könnten. An der Sonntagsstimmung sei von den Deutschen eine Erklärung abzugeben, in der sie ihre Bedauern über das Geschehene ausdrücken. Die Kommission habe die Sanktionsbedingte Formel anerkannt, verlange aber, daß die deutschen Vertreter freiwillig den Anhalt der deutschen Erklärung befristeten, so daß man dann weiter verhandeln könne. Sanktionen ab daraufhin im Namen der deutschen Delegierten die erwünschte Erklärung ab und in diesem Zusammenhang der Sonntags Ausbruch, daß diese Erklärung das Aufnahmefähigkeit einer neuen internationalen aufbereiteter Grundlaae ermöglichen werde.

Badischer Landtag.

Der 5. Nachtrag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen (41.) Plenarsitzung des Landtags beantragte der Minister des Innern Dr. Krumm die folgende Angelegenheit...

Dann legte das Haus die am Dienstag abend abgeordnete Beratung des 5. Nachtrags zum Staatsvertragsgesetz für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

entwürfe zu verabschieden, und zwar zunächst das protokollarische Gesetz vom 28. Oktober 1918 über die Ausgabe von Renten...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

auna nur 144 000 M und diese sind ein Tropfen auf einen heißen Stein; gerade die Maurer werden damit bestraft werden können...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

waren verschiedene Vorschläge eingegangen, dahingehend, den Fallzahlplatz nicht zu beinhalten...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Badische Politik.

Die kirchlich-liberale Vereinigung.

Am Mittwoch nachmittags in Karlsruhe eine außerordentliche Landesversammlung...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Sitzung des Bürgerausschusses.

(Eigener Bericht.)

Die städtischen Kollegien setzten gestern nachmittags 1/4 Uhr, die am Montag abgebrochenen Verhandlungen fort...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Bom Welter.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrographie.

Die Wetterlage hat dadurch eine Besserung erfahren, daß die nachrückenden Schichten in der Druckteilung über dem Binnensee...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern für die Jahre 1918 und 1919...

